

TRANSFORMATION

WORKING PAPER SERIES

Was ist Wachstum? Eine plural-ökonomische Annäherung

Claudius Gräbner-Radkowitzsch, Matthias Schmelzer



Europa-Universität
Flensburg

| Norbert Elias Center (NEC)

2025

Working Paper #2

Zitiervorschlag

Claudius Gräbner-Radkowitzsch und Matthias Schmelzer (2025), *Was ist Wachstum? Eine plural-ökonomische Annäherung*, Transformation Working Paper Series No. 2, Norbert Elias Center for Transformation Design & Research, Europa-Universität Flensburg, <https://doi.org/10.18716/ojs/nec/2025.2>.

Impressum

Copyright für diesen Text: Claudius Gräbner-Radkowitzsch and Matthias Schmelzer

Redaktion: Matthias Schmelzer und Maïke Böcker

Lektorat: Max Wagner

Satz: Max Wagner

Alle Working Paper sind frei erhältlich unter
www.uni-flensburg.de/nec/working-papers

Norbert Elias Center for Transformation Design & Research (NEC)
Europa-Universität Flensburg
Auf dem Campus 1
24943 Flensburg
Germany
Tel.: +49 461 805 2871
www.uni-flensburg.de/nec

ISSN 3052-2234 (online)



**Europa-Universität
Flensburg**

| Norbert Elias Center (NEC)

Was ist Wachstum? Eine plural-ökonomische Annäherung

Wirtschaftswachstum ist nicht nur ein zentrales Konzept der Wirtschaftswissenschaften, sondern auch ein dominierendes Element im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Trotz seiner allgegenwärtigen Präsenz bleiben die genaue Bedeutung, die historische Genese sowie die Implikationen unterschiedlicher Auffassungen von Wachstum oft unklar. Dieser Beitrag nähert sich der Frage „Was ist Wachstum?“ aus einer pluralen Perspektive und zeigt auf, wie verschiedene ökonomische Paradigmen das Konzept unterschiedlich verstehen und bewerten.

Dazu wird zunächst der Aufstieg des sogenannten „Wachstumsparadigmas“ seit Mitte des 20. Jahrhunderts beschrieben. Anschließend werden vier zentrale wirtschaftswissenschaftliche Denkschulen hinsichtlich ihrer Analyse und Bewertung des Wachstumsbegriffs kontrastiert: die Mainstream-Ökonomik, die postkeynesianische Ökonomik, die ökologische Ökonomik und die feministische Ökonomik. Dabei wird deutlich, dass sich diese Paradigmen sowohl in ihrem grundlegenden Wachstumsverständnis als auch in der Erklärung von Wachstumsmechanismen teilweise fundamental unterscheiden.

Während die Mainstream-Ökonomik und die postkeynesianische Ökonomik das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentrale Messgröße verwenden und Wachstum überwiegend positiv bewerten, stellen die ökologische und die feministische Ökonomik diese BIP-Fokussierung grundsätzlich infrage. Sie kritisieren die Nicht-Berücksichtigung von Sorgearbeit, Umweltschäden und sozialer Reproduktion und entwickeln alternative Wohlstandsmaße.

Die vergleichende Analyse der vier Paradigmen mündet in eine Diskussion der aktuellen Kontroverse zwischen „Green Growth“- und „Degrowth“-Ansätzen im Kontext der sozial-ökologischen Vielfachkrise. Das Kapitel zeigt, dass ein pluralistisches Verständnis von Wachstum notwendig ist, um reflektierte Entscheidungen über die Rolle des Wachstums in einer nachhaltigen Zukunft treffen zu können.

Author(s):

Claudius Gräbner-Radkowitzsch, Europa-Universität Flensburg, Department for Pluralist Economics, Germany und Johannes Kepler Universität Linz, Institute for the Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE) & Linz Institute for Transformative Change

Matthias Schmelzer, Europa-Universität Flensburg, Norbert Elias Center for Transformation Studies and Design, Germany

Keywords: Wirtschaftswachstum, BIP, Plurale Ökonomik, Nachhaltigkeit, Degrowth, Green Growth, Sozial-ökologische Krisen

What is growth? A plural-economic approach

Economic growth is not only a key idea in economics but also a prominent theme in political and social discourses. Despite its ubiquitous presence, the exact meaning, history, and effects of different ideas of growth often remain unclear. This article takes a pluralistic approach to answer the question "What is growth?" Thereby, it explains how various economic paradigms understand and assess the concept differently.

First, it discusses the rise of the "growth paradigm" since the mid-20th century. Then, it compares four main schools of economic thought—mainstream economics, post-Keynesian economics, ecological economics, and feminist economics—in how they analyze and evaluate the idea of growth. It becomes clear that these paradigms fundamentally differ in their basic understanding of growth and how they explain growth mechanisms.

While mainstream and post-Keynesian economists rely on gross domestic product (GDP) as the main measure and see growth as mostly positive, ecological and feminist economists fundamentally challenge this focus on GDP. These perspectives criticize the neglect of care work, environmental harm, and social reproduction, and they advocate alternative ways to measure prosperity.

A comparative analysis of these four paradigms leads to a discussion of the ongoing debate between "green growth" and "degrowth" approaches amid various social and ecological crises. Thereby, this chapter emphasizes the need for a pluralistic view of growth to enable informed and self-reflective decisions about its role in a sustainable future.

Author(s):

Claudius Gräbner-Radkowitzsch, Europa-Universität Flensburg, Department for Pluralist Economics, Germany und Johannes Kepler Universität Linz, Institute for the Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE) & Linz Institute for Transformative Change

Matthias Schmelzer, Europa-Universität Flensburg, Norbert Elias Center for Transformation Studies and Design, Germany

Keywords: Economic growth, GDP, pluralist economics, sustainability, degrowth, green growth, socio-ecological crisis

Dieses Manuskript wird Anfang 2026 in vollständig überarbeiteter Version in dem Sammelband Grundfragen der Ökonomie, herausgegeben von Lukas Bäuerle, Katharina Keil, Rouven Reinke und Stella Wasenitz bei Schäfer-Pöschel erscheinen.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	7
1. Was ist Wachstum?	8
2. Wie Wachstum zum A und O nationalen Erfolgs wurde	10
3. Wachstum in vier ökonomischen Denkschulen	12
3.1 Wachstumsverständnis	12
3.2 Wachstumsmechanismen	16
4. Die Bedeutung von Wachstum in der Vielfachkrise: Entkopplung und die Grenzen des Wachstums	20
5. Fazit	22
Literaturempfehlung	24
Addendum I: Entkopplung	25
Addendum II: Showcase - Aus der aktuellen Forschung	26

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die unterschiedlichen Arten der (Ent)Kopplung. 25

1. Was ist Wachstum?

Für die einen ist es die Wurzel allen Übels, für die anderen unverzichtbar für die Lösung zentraler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme: Wachstum ist nicht nur ein Schlüsselbegriff der Wirtschaftswissenschaften, sondern auch ein dominierendes Element des politischen und gesellschaftlichen Diskurses. Es erscheint regelmäßig auf den Titelseiten der Zeitungen, prägt ökonomische Analysen und spielt in fast jedem Wahlkampf eine zentrale Rolle – unabhängig von Landesgrenzen oder politischen Spektren. Und es scheint nahezu undenkbar, über wirtschaftliche Themen zu sprechen, ohne das prominenteste wirtschaftswissenschaftliche Maß für Wachstum zu erwähnen, das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Das BIP ist der Marktwert aller Endprodukte und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Zeitraum in einem Land produziert werden.

Die Weltwirtschaftskrise ab 2007 sowie die ökonomischen Verwerfungen im Kontext der Corona-Lockdowns haben in aller Deutlichkeit gezeigt, wie stark kapitalistische Ökonomien von kontinuierlichem Wachstum abhängen. Selbst geringe Rückgänge der Wachstumsraten werden mit fast religiöser Besorgnis aufgenommen. Aktuell wird Deutschland zum Beispiel wieder als „kranker Mann Europas“ bezeichnet – aufgrund stagnierender oder rückläufiger Wachstumsraten.

Die Frage, wie Wachstum gemessen, analysiert, modelliert und gesteuert werden kann, zählt zu den zentralen Themen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen ökonomischen Paradigmen, welche die Kontroversen rund um das Thema Wachstum prägen. Die umfassende Bedeutung dieser Debatten ergibt sich daraus, dass Wachstum seit Mitte des 20. Jahrhunderts zum zentralen Ziel der Wirtschaftspolitik avanciert ist und heute den politischen Diskurs sowie zahlreiche gesellschaftliche Bereiche prägt.

Aller wissenschaftlichen Debatten zum Trotz wird der öffentliche Diskurs klar von der Vorstellung dominiert, dass Wachstum notwendig, wünschenswert und theoretisch unendlich möglich sei. Wachstum wird von vielen als Allheilmittel für zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen betrachtet und gilt als universeller Maßstab für Ziele wie Wohlstand, Fortschritt und nationale Souveränität (Schmelzer, 2016). Repräsentativ für diese dominante Vorstellung von Wachstum ist das folgende Zitat aus einer Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2009, kurz nach dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise:

Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen.

Eine solche Vorstellung ist, wie oben beschrieben, aber nicht charakteristisch für konservative Parteien. Auch Robert Habeck, Kanzlerkandidat der Grünen im Jahr 2024, betont zum Beispiel: „Zu sagen, wir verzichten auf die Idee von Wachstum, würde bedeuten, wir verzichten auf die Idee von Fortschritt.“

Trotz der allgegenwärtigen Präsenz des Wachstumsbegriffs bleiben seine genaue Bedeutung, seine historische Genese und die Implikationen unterschiedlicher Auffassungen von Wachstum oft im Dunkeln. Die Unschärfe des Begriffs im öffentlichen Diskurs führt zu zahlreichen Missverständnissen, insbesondere in den häufig kontroversen Debatten über die ökologischen „Grenzen des Wachstums“, soziale Ungleichheit und Entwicklung sowie die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation. Es gibt eine Vielzahl von Kritikpunkten an der vorherrschenden und exklusiv positiven Idee von Wachstum, die in den unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Denkschulen oft auf verschiedene Weise formuliert werden. Auch wenn „ökonomisches Wachstum“ ein breiteres Phänomen darstellt, wird es im Diskurs regelmäßig mit dem Wachstum des BIPs als der wirkmächtigsten Maßzahl für die Messung wirtschaftlicher Aktivität gleichgesetzt. Dessen Berechnung ist international stark standardisiert und in den Regeln der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (engl.: National Account System) festgehalten. Die Kritik am BIP ist für das Feld Wachstumskritik zentral, allerdings ist es wichtig festzuhalten, dass die Kritik am Wachstum breiter ist als die Kritik am BIP (siehe dazu Schmelzer 2023).

Grenzen des Wachstums: 1972 veröffentlichten Donella Meadows et al. den Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“, der zu einem Bestseller wurde und die Nachhaltigkeitsdiskussion bis heute prägt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Ein statistisches Regelwerk, das alle wirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft erfasst und die Grundlage zur Berechnung wichtiger Kennzahlen wie dem Bruttoinlandsprodukt bildet.

Um sich in diesen Diskussionen klar positionieren zu können, ist ein fundiertes Verständnis des Wachstumsbegriffs eine wichtige Voraussetzung. Dabei stellen sich grundlegende Fragen: Was genau nimmt zu, wenn die Wirtschaft „wächst“? Was wird dabei sichtbar und was bleibt im Verborgenen? Welche kausalen Mechanismen erklären das Wachstum? Und warum hat Wachstum eine so starke politische Bedeutung? Das folgende Kapitel nähert sich diesen Fragen mit einem pluralen Ansatz an. Das bedeutet, dass wir zunächst die historischen Ursprünge der aktuell dominanten Vorstellung von Wachstum und die damit verbundenen spezifischen Messmethoden beschreiben und anschließend die

sehr unterschiedlichen Perspektiven dreier wirtschaftswissenschaftliche Paradigmen vergleichend vorstellen.

2. Wie Wachstum zum A und O nationalen Erfolgs wurde

Auch das prominente wirtschaftswissenschaftliche Einführungsbuch von Gregory N. Mankiw betont die Bedeutung von Wachstum:

Kaum eine Zahl prägt unsere Welt heute so sehr wie das BIP. Es ist zum A und O nationalen Erfolgs geworden und wird von Politikern und Experten als wichtigster Maßstab nationaler Stärke verwendet.

Mankiw räumt zwar ein, dass das BIP „nur eine Statistik ist, die die Einschränkungen aller Statistiken aufweist“, aber trotzdem spielt das BIP als zentrale Messgröße eine zentrale Rolle, und zwar nicht nur in dem von Mankiw vornehmlich eingeführten ökonomischen Mainstream, sondern in sehr vielen anderen ökonomischen Paradigmen.

Der Umwelthistoriker John R. McNeill bezeichnet die „übergreifende Priorität des Wirtschaftswachstums“ sogar als „die wichtigste Idee des 20. Jahrhunderts“. Auf den ersten Blick mag dies übertrieben wirken. Tatsächlich gibt es aber gute Gründe für diese Einschätzung. Die Idee des Wirtschaftswachstums war zentral für die beiden prägenden Ideologien des 20. Jahrhunderts, den Kapitalismus und Kommunismus. Zudem hat das von Wachstum angetriebene soziale und wirtschaftliche System das menschliche Leben und den Planeten irreversibel verändert. Das Überschreiten planetarer Grenzen, etwa die Klima- und Biodiversitätskrise, ist eng mit der seit den 1950er Jahren anhaltenden „großen Beschleunigung“ verbunden, die teilweise als „growthocene“, als Zeitalter des Wachstums, beschrieben wird. Inwiefern es Grenzen für Wirtschaftswachstum gibt (oder geben sollte), darüber wird seit über fünf Jahrzehnten kontrovers unter der Überschrift „Grenzen des Wachstums“ diskutiert.

Planetare Grenzen: Planetare Grenzen bezeichnen ökologische Belastungsgrenzen der Erde, deren Überschreitung die Stabilität des Erdsystems gefährdet und irreversible Umweltveränderungen auslösen kann, wie etwa beim Klimawandel oder Biodiversitätsverlust.

Aber wie wurde das BIP zu der dieser „mächtigsten Zahl der Welt“ (Fioramonti)? Erste Überlegungen zur Messung wirtschaftlicher Aktivität finden sich im 17. Jahrhundert. Diese Beiträge waren ganz offen und explizit politisch. So ging es zum Beispiel William Petty mit seinen Berechnungen darum zu zeigen, dass die Arbeiterklasse im Vergleich zu Landeigentümer*innen wie ihm durchaus sehr viel wirtschaftlichen Wert schaffte – und entsprechend höher besteuert werden sollte. Das BIP als solches

entstand aus Arbeiten während des Zweiten Weltkriegs, die vor allem die Quantifizierung von Kriegsproduktion und der entsprechenden Steuerung der Wirtschaft zum Ziel hatten. Das erste Mal als politische Zielgröße wurde es dann im US-amerikanischen Wahlkampf von 1938 erwähnt. Allerdings stand das Thema Wirtschaftswachstum bis zu Beginn der Nachkriegszeit noch nicht im Vordergrund politischer Diskussionen. Stattdessen dominierten Themen wie Vollbeschäftigung, Stabilität und Wiederaufbau. Doch bald wurde Wachstum im Kontext der Dekolonialisierung und des Kalten Krieges zu einem globalen Politikziel. Ab Mitte der 1950er Jahre war ökonomische Expansion in den kapitalistischen Industrieländern der Maßstab für Fortschritt. Länder konkurrierten nicht mehr nur in Bezug auf Gleichheit, Emanzipation oder Arbeitsplätze, sondern auch hinsichtlich der Menge an produzierten Gütern und Dienstleistungen.

Obwohl das BIP bis heute als objektives und universelles Instrument präsentiert wird, zeigt die umstrittene Geschichte dieses internationalen statistischen Standards, dass es zahlreiche Annahmen und Ausschlüsse enthält. Ganz grundsätzlich setzt jede Vorstellung von Wachstum eine Definition dessen voraus, was genau wächst. Wirtschaftswachstum erfordert eine präzise Bestimmung dessen, was „die Wirtschaft“ ist und wie diese gemessen werden kann – und obwohl dies auf den ersten Blick selbstverständlich erscheinen mag, hat sich dieses Verständnis im Laufe der Geschichte grundlegend verändert (► Kap. 2).

Externalität: Effekte von ökonomischen Entscheidungen, die von an der Entscheidung unbeteiligten Dritten getragen werden. Beispiele sind Umweltverschmutzung (negative) oder Bildungsvorteile (positive Externalität).

Subsistenz: eine Form des Wirtschaftens, bei der Menschen vorrangig für den eigenen Bedarf produzieren, nicht mit dem Ziel, die Produkte auf einem Markt weiterzuverkaufen.

Und so lassen sich die meisten der heutigen Kontroversen über das BIP sich bis in die 1940er und 1950er Jahre zurückverfolgen, als das BIP in seiner heutigen Form entstand. Interessanterweise lehnten viele führende Ökonom*innen Mitte des 20. Jahrhunderts ab, das BIP als Maßstab für den Wohlstand der Nationen und für internationale Vergleiche zu verwenden. Es gab zahlreiche Debatten über die Messung von Externalitäten, unbezahlte Hausarbeit und Subsistenz. Doch Regierungen und internationale Organisationen, die auf vergleichbare Statistiken angewiesen waren, standardisierten diese Messung und setzten so eine Version des BIP, das sich als Summe des Marktwerts aller in einem bestimmten Zeitraum und Land produzierten Waren und Dienstleistungen versteht, als globalen Standard durch (Schmelzer, 2016). Diesem Maß liegt eine neue Konzeptualisierung „der Wirtschaft“ als ein in sich

geschlossenes System von Geldströmen zugrunde, das die Beziehungen zwischen Produktion, Verteilung und Konsum innerhalb nationaler Grenzen regelt. Sie löste ältere Sichtweisen ab, in der ökonomische Prozesse als physikalische Stoff- und Energieströme betrachtet wurden. Diese physische Konzeptionalisierung von Wirtschaft implizierte auch physische Grenzen des Wachstums – die Endlichkeit von Land oder Ressourcen galten weithin als Hindernis für kontinuierliche Expansion. Im Gegensatz dazu konnte die neue Messgröße des BIP, das im Wesentlichen die Häufigkeit misst, mit der Geld den Besitzer wechselt, scheinbar unbegrenzt expandieren, ohne von physischer oder territorialer Endlichkeit begrenzt zu sein.

3. Wachstum in vier ökonomischen Denkschulen

Im Folgenden nähern wir uns der Frage „Was ist Wachstum?“ aus der Perspektive von vier unterschiedlichen Paradigmen – der Mainstream-Ökonomik, Post-Keynesianischer Ökonomik, Ökologischer Ökonomik und Feministischer Ökonomik. Jedes dieser Paradigmen stellt unterschiedliche Aspekte von Wachstum ins Zentrum der Analyse. Dies führt am Ende auch zu einer unterschiedlichen Beurteilung von Wachstum. Um sich fundiert in diesem Feld zu positionieren oder zu versuchen über Paradimgrenzen hinweg zu denken, müssen wir zunächst die zentralen Denkweisen der Paradigmen verstehen. Im Folgenden fokussieren wir uns dabei auf zwei Aspekte: das grundlegende Verständnis von Wachstum, und die zentralen Wachstumsmechanismen.

3.1 Wachstumsverständnis

Im wohl prominentesten Einführungsbuch in die **Mainstream Ökonomik** wird Wachstum als „prozentuale Veränderung des realen BIP von einem Zeitraum zum nächsten“ beschrieben (Mankiw 2024, S. 501). Die direkte Referenz auf des BIP führt zu einem sehr engen Wachstumsverständnis. Die Liste der unberücksichtigten Aspekte ist lang und enthält zum Beispiel alle Güter und Dienstleistungen, die nicht über Märkte gehandelt werden. Das betrifft unter anderem die Pflege von kranken oder alten Menschen und Kindern innerhalb der Familie. Auch alles, was wir in unserer Freizeit tun, wie ehrenamtliche Arbeit, Sport, Musik und Kunst oder Zeit mit unseren Lieben zu verbringen, wird nicht berücksichtigt, genauso wenig wie die Qualität der Umwelt und ihre Fähigkeit, sich selbst zu reproduzieren. Und auch die Verteilung des Reichtums einer Gesellschaft wird im BIP nicht abgebildet.

Aber wie kommt es dann dazu, dass für Mankiw und andere „[d]as BIP [...] oft als der beste Einzelindikator für den wirtschaftlichen Wohlstand einer Gesellschaft angesehen [wird]“ (Mankiw, S. 492)? Die klassische Antwort: „das BIP [misst] nicht direkt die Dinge [...], die das Leben lebenswert machen, sondern unsere Fähigkeit, viele der Inputs für ein lebenswertes Leben zu erhalten“ (Mankiw, S. 504). Wie wir weiter unten sehen werden, unterscheidet sich die Befürwortung dieser Aussage radikal von Paradigmen wie der feministischen oder ökologischen Ökonomik. Mainstream-Ökonom*innen

rechtfertigen ihren Standpunkt in der Regel mit dem oft starken positiven Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-BIP und spezifischeren Messgrößen, die Aspekte des Wohlbefindens direkter erfassen, wie Lebenserwartung, durchschnittliche Schulbildung oder angegebene Lebenszufriedenheit (obwohl es eine wichtige Debatte über die Gültigkeit und Relevanz dieser Zusammenhänge gibt). Daher kommt auch die grundsätzlich positive Konnotation von Wachstum im ökonomischen Mainstream: hier gilt Wachstum als erstrebenswert und als sinnvolles gesellschaftliches Ziel.

Das Wachstumsverständnis der **Postkeynesianischen Ökonomik** weist sowohl Ähnlichkeiten als auch wichtige Unterschiede zum ökonomischen Mainstream auf. So ist ebenfalls eine starke Orientierung am BIP erkennbar. Aber bei der Frage, welche Faktoren Wachstum erklären und wie Wachstum befördert werden kann, gibt es grundsätzliche Unterschiede. Im ökonomischen Mainstream steht das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Angebots im Zentrum (siehe auch Abschnitt 2.2). Im Unterschied dazu vertritt die Post-Keynesianische Ökonomik eine nachfrageorientierte Perspektive auf das Wirtschaftswachstum. Die zentrale Rolle spielt hier die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – also die Ausgaben von Haushalten, Unternehmen und Regierungen. Zudem sind Postkeynesianische Ökonom*innen zum einen deutlich skeptischer, was den gesellschaftlichen Nutzen freier Märkte angeht, zum anderen spielt traditionell die Einkommensverteilung eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Nachfrage von Haushalten. In der Konsequenz schreiben Postkeynesianer*innen dem Staat eine zentralere und aktivere Rolle bei der Förderung von Wachstum zu als das im ökonomischen Mainstream der Fall ist.

Darüber hinaus stellt die Postkeynesianischen Ökonomik einige zentrale Annahmen der Mainstream-Ökonomik infrage: Während Mainstream-Modelle oft von rationalen Individuen ausgehen – siehe beispielsweise Mankiw's drittes „Prinzip“ –, betonen Postkeynesianer*innen die Unsicherheit und die Rolle von Institutionen bei der Gestaltung wirtschaftlicher Ergebnisse. Tatsächlich wird Wachstum hier als von Natur aus als instabil angesehen, da es von Erwartungen über die Zukunft abhängt – wie beispielsweise dem Vertrauen der Unternehmen, das sich Investitionen lohnen werden, oder der Ausgabebereitschaft der Haushalte. Und im Gegensatz zur Mainstream-Ökonomik, die mit dem Konzept der rationalen Erwartungen arbeitet, geht die Postkeynesiansische Ökonomik davon aus, dass Erwartungen gerade nicht rational sein können, sondern aufgrund der echten Unsicherheit, der sich Akteure ausgesetzt sehen, eher das Ergebnis von Denkgewohnheiten und Faustregeln sind. In der Folge wird Wachstum als instabiler angesehen.

Dieser unterschiedliche analytische Zugang führt auch dazu, dass Risiken im Zusammenhang mit Wachstum und Wachstumsabhängigkeiten in der Postkeynesianischen Ökonomik stärker thematisiert werden als im Mainstream, insbesondere die Gefahr, dass unkontrolliertes Wachstum zu finanzieller

Instabilität führen oder Ungleichheiten verschärfen kann. Nichtsdestotrotz ist Wachstum in weiten Teilen der Postkeynesianischen Ökonomik klar positiv konnotiert.

Insofern können wir feststellen, dass obgleich sich die Mainstream- und die Postkeynesianische Ökonomik in der Frage der Wachstumstheorie, der politischen Implikationen für Wachstumspolitik und der Rolle des Staates deutlich unterscheiden, eine eher enge Sichtweise auf Wachstum als Zunahme des realen BIP teilen. Auch wenn beide Paradigmen die Grenzen des BIP als Wachstumsmaß prinzipiell anerkennen, wenn es um die Berücksichtigung nicht marktbezogener Aktivitäten wie Pflege und den Wert der Umwelt geht, bleibt das BIP ein zentraler Leitindikator.

Dies ist bei der ökologischen und feministischen Ökonomik anders. Die ökologische Ökonomik betont die grundlegende Rolle der Umwelt und die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit innerhalb der planetaren Grenzen. Die feministische Ökonomik erweitert unsere Perspektive in Richtung Soziales und hebt die außerhalb des Marktes stattfindenden Sorgetätigkeiten sowie die Bedeutung der sozialen Reproduktion für die Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Gesellschaft hervor. Für beide Paradigmen sind daher der nicht-marktwirtschaftliche und der Umweltbereich so grundlegend für alle wirtschaftlichen Aktivitäten, dass sie die (weitgehend) von Mainstream- und Post-Keynesianischen Ökonom*innen geteilte Strategie ablehnen, das BIP als pragmatisches Mittel zur Erreichung anderer unmittelbar relevanterer Ziele (wie bessere Gesundheitsversorgung oder höhere Lebensqualität) zu erreichen.

Die **ökologische Ökonomik** stellt das traditionelle Verständnis von Wirtschaftswachstum fundamental infrage. Sie betont, dass „die Wirtschaft“ von den endlichen Ressourcen und Systemen des Planeten abhängt und wirtschaftliche Aktivitäten daher "innerhalb der planetarischen Grenzen" stattfinden müssen. Ein zentrales Konzept ist in diesem Zusammenhang der "ökonomische Metabolismus", d.h. die Art und Weise, wie eine Wirtschaft Ressourcen wie Energie und Rohstoffe in Güter und Dienstleistungen umwandelt. Wie ein Organismus Nahrung und Energie braucht, um zu wachsen und zu funktionieren, braucht eine Volkswirtschaft natürliche Ressourcen und Energie. Ökonomische Aktivitäten erzeugen dabei jedoch auch "Abfälle" wie Umweltverschmutzung oder Müll. Der ökonomische Metabolismus hilft der Ökologischen Ökonomik zu untersuchen, wie viel bestimmte ökonomische Aktivitäten der Natur Ressourcen, entnehmen, wie effizient sie genutzt werden und welche Art von Abfall sie hinterlassen. Damit bekommen mögliche physikalische Grenzen des Wachstums automatisch eine zentrale Rolle in der Analyse, da die Gefahr der Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen oder Senken für Verschmutzung unmittelbar Teil jeder Analyse sind.

Entkopplung beschreibt die Trennung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung. Sie kann relativ (geringere Umweltbelastung pro BIP-Einheit) oder absolut (sinkende Gesamtbelastung trotz BIP-Wachstum) sein. Siehe auch Addendum.

Dieser Fokus hat auch Implikationen für die zentralen Messzahlen für Wachstum: Das BIP ist zwar auch für die Ökologische Ökonomik wichtig, es hat aber nicht die zentrale Bedeutung wie in der Post-Keynesianischen Ökonomik oder dem Mainstream. Vielmehr wird es häufig in Zusammenhang mit Indikatoren für Ressourcenverbrauch, wie zum Beispiel dem ökologischen Fußabdruck oder Materialflüsse, verwendet. Und auch bei der Interpretation des BIP als Wohlstandsindikator sind ökologische Ökonom*innen deutlich zurückhaltender, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Wachstum vom BIP in der Vergangenheit sehr stark mit stärkerer Belastung der Umwelt und einer Reduktion der Biodiversität einherging. Entsprechend kritischer sehen sie auch die Idee von dauerhaftem Wirtschaftswachstum als solchem, da sie die Idee einer ausreichenden Entkopplung von Wachstum und Umweltschäden infrage stellen (siehe Addendum 1).

Die **feministische Ökonomik** begreift die Wirtschaft als Teil eines größeren sozialen und ökologischen Gefüges. Damit stellt sie die übliche Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Aktivitäten in Frage. Besonders der Fokus auf Märkte als zentrale wirtschaftliche Institution wird kritisiert – diese stellen laut einem zentralen Bild der feministischen Ökonomik nur die Spitze des Eisbergs dar. Ein häufig genutztes Beispiel ist dabei die (häufig überwiegend von Frauen geleistete) Sorgearbeit. Diese Arbeit findet sehr oft außerhalb formaler Arbeitsmärkte statt, zum Beispiel innerhalb der Familie. Entsprechend hat sie keinen Marktwert und taucht auch nicht im BIP auf – obwohl sie für die Reproduktion der Wirtschaft, bzw. der Gesellschaft als Ganzes unerlässlich ist – sie macht den viel größeren, aber eben unsichtbaren Teil des Eisbergs wirtschaftlicher Aktivitäten aus, die unterhalb der Wasseroberfläche liegen. Außerdem kritisiert sie die Konzeption des ‘homo oeconomicus’ – des rationalen Nutzenmaximierers – als Zentralfigur der Wirtschaftswissenschaften und setzt diesem ein als grundsätzlich von der Sorge anderer abhängiger Beziehungswesen entgegen.

Auch bei der Berücksichtigung von sozialen Normen, Werten und Regeln verfolgt die feministische Ökonomik einen deutlich breiteren Ansatz als z.B. der Mainstream oder die Postkeynesianische Ökonomik. So spielt die Betrachtung von sozialen Machtasymmetrien eine zentrale Rolle, da sie häufig wichtige ökonomische Implikationen erklären kann. Dies wird am Beispiel von Haushalten deutlich: Die Mainstream-Ökonomik betrachtet den Haushalt in der Regel als einzelne Analyseeinheit. Feministische Ökonom*innen heben dagegen die Machtasymmetrien innerhalb eines Haushalts besonders hervor, da diese oft zu Ungleichheiten führen. Während der Corona-Pandemie haben die Lockdowns zum Beispiel zu einem starken Anstieg der unbezahlten Sorgearbeit geführt, die innerhalb eines Haushalts vor allem Frauen ausführen. Dieses Phänomen fällt bei einer aggregierten Betrachtung von Haushalten unter den Tisch – was sich auch im Fokus politischer Maßnahmen auf Lohnarbeit und Unternehmen zeigt, während Haushalte und öffentliche Institutionen oft vernachlässigt werden.

Feministische Ökonom*innen waren unter den ersten, welche die geschlechtsspezifischen Verzerrungen des BIP herausarbeiteten und kritisierten (Waring 1988; Ferber and Nelson 1993). Eine solche Verzerrung rührt von der Nicht-Berücksichtigung unbezahlter Sorgearbeit, die vor allem von Frauen, Lesben, Inter- und Transpersonen, aber auch verstärkt von Migrantisierungen und Persons of Color ausgeführt werden. Im Ergebnis wird das BIP und sein Wachstum als Wohlstandsmaß wie bei der Ökologischen Ökonomik als irreführend abgelehnt. In der angewandten Forschung arbeitet die Feministische Ökonomik daher oft mit Erhebungen zur Messung unbezahlter Arbeit, Wohlstandsindizes, die die Lebensqualität direkt erfassen, und geschlechtsspezifische Indikatoren, die Ungleichheiten beim Zugang zu Ressourcen und Chancen aufzeigen. Solche Messgrößen sollen zeigen, wie geschlechtsspezifische Ungleichheiten das Wirtschaftswachstum behindern und die Anfälligkeit für Krisen verstärken können.

Wie einige ökologische Ökonom*innen haben viele feministische Ökonom*innen aber ohnehin einen sehr kritischen Blick auf Wachstum und stellen seine Notwendigkeit bei der Lösung von Problemen regelmäßig infrage. Sie argumentieren, dass wachstumsorientierte Politik oft Ungleichheiten und Umweltzerstörung verschärft, und dass marginalisierte Gruppen häufig den höchsten Preis für die daraus resultierenden Probleme zahlen. So führen steigende Lebensmittelpreise und klimabedingte Katastrophen oft zu einer Zunahme der unbezahlten Arbeit von Frauen, die häufig die Hauptverantwortung für die Ernährungssicherheit und die Pflege in den Haushalten tragen. Feministische Ökonominnen fordern stattdessen systemische Veränderungen, die Ressourcen umverteilen und wirtschaftlichen Erfolg nicht mehr an der Produktionsleistung, sondern direkt am Wohlbefinden messen. Investitionen in die Sorgeinfrastruktur – wie Kindertagesstätten und Altenpflegeeinrichtungen, oder ein Care-Einkommen – tragen beispielsweise nicht nur zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten bei, sondern stärken auch die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Krisen. Aufgrund der sehr komplementären Argumente zur ökologischen Ökonomik gibt es seit den 1980er Jahren auch einen Debattenstrang, der unter dem Begriff des Ökofeminismus die beiden Paradigmen stärker zusammenbringt und die Parallelität der Unsichermachung und Entwertung von ökologischer und sozialer Reproduktion thematisiert.

3.2 Wachstumsmechanismen

In der **Mainstream-Ökonomik** wird Wirtschaftswachstum in erster Linie durch angebotsseitige Faktoren bestimmt. Das bedeutet, dass die Wirtschaft wächst, wenn die Produktionsfaktoren – wie Arbeit und Kapital – zunehmen oder wenn diese Faktoren aufgrund des technologischen Fortschritts effizienter genutzt werden. Analytisch wird dieser Zusammenhang in der Regel durch eine Produktionsfunktion beschrieben. Diese Funktionen setzen die Wirtschaftsleistung (in der Regel als Y

bezeichnet) in Beziehung zu Inputs wie Arbeit (L), Sachkapital (K), Humankapital (H), natürlichen Ressourcen (N) oder der totalen Faktorproduktivität (A). In der Praxis wird am häufigsten die *Cobb-Douglas-Produktionsfunktion* verwendet: $Y=AL^\beta K^{(1-\beta)}$, wobei β ein Parameter für die relative Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit ist.

Produktionsfunktion: Eine Produktionsfunktion beschreibt mathematisch, wie Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital, Rohstoffe) in Kombination zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt werden. Sie zeigt den maximalen Output bei gegebenem Input und Technologie.

Aus dieser Perspektive wird deutlich warum Mainstream Ökonom*innen technologischen Wandel (der in der Produktionsfunktion mit einem Wachstum von A korrespondiert) als so wichtig für Wirtschaft und Umwelt und damit als zentral für die Bewältigung der Umweltkrisen betrachten: Innovation ermöglicht es Unternehmen, mit denselben Ressourcen mehr zu produzieren bzw. Umweltbelastung zu verringern und gleichzeitig den Output aufrechterhalten oder zu steigern. Effizienzsteigerungen ermöglichen ökologische Probleme bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum zu adressieren.

Kommodifizierung: Kommodifizierung bezeichnet den Prozess, durch den Dinge, Tätigkeiten oder Aspekte des Lebens, die zuvor nicht marktförmig waren, in handelbare Waren umgewandelt werden.

Märkte und Preise spielen in der Mainstream-Ökonomik eine zentrale Rolle als Mechanismen zur effizienten Allokation von Ressourcen und damit als Treiber ökonomischen Wachstums. Preise signalisieren Knappheit oder Überschüsse und leiten Unternehmen und Verbraucher dazu an, ihr Verhalten anzupassen. So könnten beispielsweise steigende Energiepreise während einer Klimakrise Unternehmen dazu veranlassen, in sauberere Technologien zu investieren, oder Einzelpersonen dazu, ihren Energieverbrauch zu senken, wodurch ein „grüneres“ Wachstum gefördert würde. Neben Märkten stehen im Mainstream Unternehmen und Haushalte als zentrale Akteure im Mittelpunkt, denn deren Entscheidungen über Produktion, Konsum und Investitionen bestimmen die Wirtschaftstätigkeit und damit das Wachstum. Auch Regierungen spielen eine Rolle, werden jedoch oft als sekundäre Akteure betrachtet, deren Hauptaufgabe darin besteht, Rahmenbedingungen (wie stabile Institutionen und Eigentumsrechte) zu schaffen, die ein effizientes Funktionieren der Märkte und damit dauerhaftes Wachstum ermöglichen. Kritiker halten diesen Fokus auf Märkte für problematisch, unter anderem weil Preise oft nicht alle mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbundenen Umweltkosten widerspiegeln (können), aber auch weil bei einem Fokus auf Märkte nicht marktbezogene (oder ‚kommodifizierte‘) Faktoren – wie unbezahlte Arbeit oder ökologische Grenzen – übersehen werden.

Die **Postkeynesianische Ökonomik** sieht Wachstum in erster Linie als von nachfrageseitigen Faktoren getrieben. Die Wirtschaft wächst, wenn Haushalte, Unternehmen und Regierungen ihre Ausgaben erhöhen, wodurch die Gesamtnachfrage steigt und die Produktion angekurbelt wird. Daher kann gerade während einer Krise das Wachstum durch eine Umverteilung des Einkommens an einkommensschwächere Gruppen unterstützt werden, da diese tendenziell einen größeren Teil ihres Einkommens ausgeben und so die Nachfrage ankurbeln. In diesem Rahmen ist die Bekämpfung der Ungleichheit nicht nur ein soziales Ziel, sondern ein Mechanismus zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums.

Auch die Post-Keynesianische Ökonomik arbeitet vornehmlich mit mathematischen Modellen um Wachstum zu erklären. Allerdings unterscheiden sich die verwendeten Modelle und Formalismen teilweise sehr fundamental von denen der Mainstream Ökonomik. So entscheiden Akteure zum Beispiel häufig nicht rational, sondern habituell, und Unternehmen produzieren nicht gemäß einer Cobb-Douglas, sondern einer *Leontief-Produktionsfunktion*: $Y = \min\left(\frac{K}{A_K}, \frac{L}{A_L}\right)$. Letztere ist deutlich pessimistischer, was die Substituierbarkeit von Produktionsfaktoren angeht, ein Faktor, der im Zusammenhang mit der Machbarkeit eines grünen technologischen Wandels sehr relevant sein kann.

Märkte spielen in der Postkeynesianischen Wirtschaftstheorie eine weniger zentrale Rolle als in der Mainstream-Ökonomik. So gelten aufgrund von Unsicherheiten und ungleichen Machtverhältnissen als von Natur aus instabil und krisenanfällig. Preise werden nach der Postkeynesianischen Ökonomik zudem eher von institutionellen Faktoren als rein von Angebot und Nachfrage bestimmt. So argumentieren Postkeynesianer*innen beispielsweise, dass während Finanzkrisen Marktmechanismen allein nicht in der Lage seien, die Wirtschaft zu stabilisieren, sondern dass aktive staatliche Eingriffe erforderlich seien, um das Vertrauen wiederherzustellen und Wachstum zu sichern. Dementsprechend spielen Zentralbanken und Regierungen eine zentrale Rolle. Letztere werden als wichtige Akteure bei der Steuerung der Nachfrage durch fiskalpolitische Maßnahmen – wie öffentliche Ausgaben für Infrastruktur oder Sozialprogramme – und Umverteilungsmaßnahmen angesehen.

Die in der **ökologischen Ökonomik** betrachteten Wachstumsmechanismen fokussieren auf das Zusammenspiel zwischen Ressourcengewinnung, Produktion, Reproduktion und Abfallerzeugung. Nachhaltiges Wachstum kann entstehen, wenn Volkswirtschaften zu nachhaltigen Praktiken übergehen – beispielsweise durch die Einführung erneuerbarer Energiesysteme, die Reduzierung des Materialverbrauchs oder die Umsetzung von Prinzipien der Kreislaufwirtschaft.

Im Gegensatz zur Mainstream- oder Postkeynesianischen Ökonomik geht die ökologische Ökonomik jedoch nicht automatisch davon aus, dass Wachstum immer wünschenswert ist, insbesondere in Krisen wie dem Klimawandel, in denen Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung das langfristige

Überleben bedrohen. Daher werden unter den Begriffen „Suffizienz“ und „Degrowth“ erhebliche Forschungsanstrengungen unternommen, um zu untersuchen, wie Gesellschaften ihre Versorgungsaufgaben ohne Wirtschaftswachstum erfüllen können und wie soziale Praktiken umweltschädliche wirtschaftliche Aktivitäten reduzieren können, ohne den Lebensstandard der Menschen zu beeinträchtigen. So geht es zum Beispiel nicht nur darum, energieeffizientere Produktionstechnologien zu entwickeln, sondern auch um die Senkung des Energieverbrauchs durch eine Reduktion der ökonomischen Aktivität, z.B. über die Einführung von Sharing-Praktiken oder den Ersatz von Privatfahrzeugen durch öffentliche Verkehrsmittel.

Zentrale Akteure der Ökologischen Ökonomik sind Regierungen, Unternehmen, aber auch Aktivist*innen und Gemeinschaften, die als Schlüssel zur Verwaltung von Ressourcen und zur Durchsetzung von Nachhaltigkeitsgrenzen angesehen werden. Märkte spielen in diesem Paradigma eine eher untergeordnete Rolle, da ihre Fähigkeit, Umweltverschmutzung oder den Verlust der biologischen Vielfalt zu adressieren, regelmäßig in Frage gestellt wird. Als Reaktion auf den Klimawandel oder den Zusammenbruch der biologischen Vielfalt betont die Ökologische Ökonomik daher die Notwendigkeit strenger Regulierung – wie CO₂-Budgets – oder einer gemeinschaftsbasierten Ressourcenverwaltung, um eine Übernutzung der natürlichen Systeme zu verhindern – Maßnahmen, die in der Mainstream-Ökonomik oft als zu unflexibel und zu schwer umsetzbar bzw. durchsetzbar kritisiert werden.

Die **Feministische Ökonomik** betont die Bedeutung unbezahlter Arbeit, sozialer Reproduktion und Geschlechtergerechtigkeit als grundlegende Voraussetzungen für jede wirtschaftliche Tätigkeit. Eine Wirtschaft kann also nur dann florieren, wenn sowohl bezahlte als auch unbezahlte (oder: kommodifizierte und nicht-kommodifizierte) Tätigkeiten ihren Raum in der Wirtschaft finden. Zentrales Hindernis hier sind traditionelle Hierarchien und Machtverhältnisse, die häufig zu Lasten von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen operieren. So kritisieren feministische Ökonom*innen, dass unbezahlte Care-Arbeit – wie Pflege, Hausarbeit und Unterstützung der Gemeinschaft –, die unverhältnismäßig stark von Frauen geleistet wird, in kapitalistischen Gesellschaften häufig unterbewertet wird. Zudem zeigen sie, dass in Krisenzeiten wie Pandemien oder bei Ernährungsunsicherheit die Nachfrage nach unbezahlter Care-Arbeit erheblich steigt, was Einzelpersonen belastet und ihre Fähigkeit einschränkt, sich auf dem Arbeitsmarkt und in Unternehmen zu engagieren. Auch hier sind empirisch regelmäßig Frauen stärker betroffen. Entsprechend stehen viele (aber nicht alle) feministischen Ökonom*innen in einer marxistischen und kapitalismuskritischen Tradition.

Zentrale Figuren in der feministischen Ökonomik sind Haushalte, Pflegekräfte und Gemeinschaften, deren Beiträge in traditionellen Modellen oft übersehen werden, die jedoch für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft unerlässlich sind. Märkten steht die feministische Ökonomik skeptisch gegenüber, da sie für die Wirtschaft zentrale, aber nicht kommerzialisierte Tätigkeiten ausschließen. Eine übermäßige

Betonung von Marktmechanismen ist daher nicht nur sozial (und ökologisch) schädlich, sondern führt auf analytischer Ebene auch zu verzerrten Indikatoren wie dem BIP, die wichtige Beiträge außerhalb der formellen Märkte außer Acht lassen. So sichert beispielsweise die Pflege während einer Pandemie Haushalte und Gemeinschaften, wird aber weder in den Marktpreisen noch in den BIP-Berechnungen berücksichtigt. Die feministische Ökonomik, die wichtige Beiträge im Bereich der BIP-Kritik geleistet hat, plädiert für alternative Messgrößen – wie Zeitverwendungserhebungen oder Wohlstandsindizes –, die unsichtbare Arbeit sichtbar machen und neu definieren, was wirtschaftlichen Fortschritt ausmacht.

Wichtig ist jedoch, dass viele feministische Ökonom*innen die Wünschbarkeit von Wachstum insgesamt in Frage stellen. Sie argumentieren, dass eine übermäßige Betonung des Wachstums Ungleichheiten verschärfen, die Umwelt schädigen und die Ausbeutung marginalisierter Gruppen verstärken kann. Stattdessen untersuchen diese Wissenschaftlerinnen Strategien für Degrowth oder Suffizienz – Szenarien, in denen Volkswirtschaften bewusst schrumpfen, um die negativen Auswirkungen des Wachstums abzumildern und gleichzeitig Fairness und Gerechtigkeit zu gewährleisten.

4. Die Bedeutung von Wachstum in der Vielfachkrise: Entkopplung und die Grenzen des Wachstums

Wie eingangs festgestellt ist Wachstum für manche Ökonom*innen die Wurzel zahlreicher Probleme und Krisen, während es für andere unverzichtbar für die Lösung (fast) aller Aspekte der vorherrschenden Vielfachkrisen erscheint. Das bringt uns zu einer der zentralen Kontroversen in den Wirtschaftswissenschaften: Ist dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbar oder nicht? Diese Debatte spiegelt die unterschiedlichen Grundannahmen verschiedener ökonomischer Paradigmen wider. Das Green-Growth-Konzept wird dabei vorwiegend vom ökonomischen Mainstream und der Postkeynesianischen Ökonomik vertreten, während wachstumskritische Ansätze vor allem in der feministischen und ökologischen Ökonomik ihre theoretische Heimat und Begründung finden.

Green Growth: Green Growth beschreibt ein Wirtschaftswachstumsmodell, das ökologische Nachhaltigkeit mit ökonomischer Entwicklung vereinen soll. Es basiert auf der Annahme, dass Wachstum sowohl für Umweltschutz als auch zur Lösung sozialer Probleme wie Armut und Ungleichheit notwendig ist.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der “Entkopplung” von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen. Die Kontroverse um die Konzepte

„Grünes Wachstum“ und „Degrowth“ dreht sich in weiten Teilen um diese Frage (s. Addendum). Denn obwohl beide Ansätze ein nachhaltiges Wirtschaftssystem anstreben, das im Einklang mit planetaren Grenzen steht, führt ihre unterschiedliche Einschätzung des Entkopplungs-Potenzials (und, zugegebenermaßen, auch zahlreiche ideologische Unterschiede) zu fundamental verschiedenen Lösungsansätzen.

Anhänger des grünen Wachstums vertreten die Position, dass mit den richtigen institutionellen Rahmenbedingungen ein ausreichendes absolutes Decoupling realistisch und ökologisch nachhaltiges Wachstum daher möglich und nötig ist. Sie argumentieren, dass innovative Technologien bei entsprechenden Anreizen rasant skaliert werden können, wie historische Beispiele wie der Aufbau von Elektrizitätsinfrastruktur oder die Verbreitung von Autos zeigen. Sie betonen, dass Wirtschaftswachstum für die Finanzierung ökologischen Umbaus notwendig und dass Preissignale (wie CO₂-Steuern) und Regulierungen Märkte in nachhaltige Bahnen lenken können.

Degrowth-Befürworter*innen bezweifeln die Möglichkeit eines ausreichenden Decouplings und fordert eine kontrollierte Reduktion des BIP in wohlhabenden Ländern. Vertreter*innen dieser Position argumentieren, dass die Vergangenheit zeige, dass Entkopplung unzureichend und zu langsam für die Dringlichkeit der Klimakrisen war und dass nur eine Reduktion wirtschaftlicher Aktivitäten die notwendige schnelle Senkung des Ressourcenverbrauchs gewährleisten kann.

Aktuell bleibt die Debatte vor allem deshalb ungelöst, weil sich die zentralen Aussagen beider Positionen auf zukünftige Entwicklungen beziehen, die nicht durch gegenwärtige Beobachtungen eindeutig falsifiziert werden können. Die unterschiedliche Gewichtung historischer Erfahrungen spielt dabei eine wichtige Rolle: Degrowth-Befürworter*innen betonen die bisher unzureichende Entkopplung, während Green-Growth-Vertreter*innen auf das Potenzial institutioneller Veränderungen für die Zukunft verweisen. Auch der Zeitfaktor ist entscheidend: Degrowth-Anhänger*innen argumentieren, dass die erforderliche Reduktion von Umweltschäden so rasch erfolgen muss, dass nur eine unmittelbare Verringerung der Wirtschaftsaktivitäten den nötigen Effekt haben kann. Green-Growth-Befürworter bezweifeln hingegen, ob eine so tiefgreifende systemische Transformation wie von Degrowth gefordert überhaupt schneller umsetzbar ist als technologische Innovationen.

Die Auseinandersetzung mit diesen konkurrierenden Perspektiven verdeutlicht, dass die sozial-ökologische Vielfachkrise nicht nur technische Lösungen, sondern auch eine grundlegende Reflexion über die Rolle von Wirtschaftswachstum in modernen Gesellschaften erfordert. Sie unterstreicht die Notwendigkeit eines pluralistischen Zugangs, der verschiedene Paradigmen in einen konstruktiven Dialog bringt, um tragfähige Antworten auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

5. Fazit

Was ist Wachstum? Auf jeden Fall ist Wachstum ein Schlüsselbegriff der Wirtschaftswissenschaften, der wissenschaftlichen Forschung generell, und vor allem auch der politischen Diskussionen, da Wachstum weiterhin als zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik gilt. Gleichzeitig steht das Konzept im Zentrum vieler wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Kontroversen. Neben den zentralen Mechanismen, die Wachstum erklären können, wird zunehmend auch seine Rolle in einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft diskutiert.

Auch wenn unsere Darstellung der vier Paradigmen in diesem Kapitel alles andere als vollständig sein konnte und die Diversität innerhalb eines Paradigmas nicht unterschätzt werden sollte, wurde deutlich, dass Unterschiede in der Beurteilung von Wirtschaftswachstums auch entlang von Paradimgrenzen verlaufen: während Wachstum in weiten Teilen der Mainstream-Ökonomik und der Postkeynesianischen Ökonomik eine positive Rolle spielt, werfen wissenschaftliche Analysen gerade aus der feministischen und ökologischen Ökonomik zunehmend die Frage auf, wie stetig wachsende materielle Produktion mit den ökologischen und sozialen Grenzen eines endlichen Planeten vereinbar sein kann. Auch die Universalisierung des wachstumsbasierten Wohlstandsmodells – insbesondere die Ausweitung der aktuellen Produktions- und Lebensweise von Westeuropa, den USA und Japan auf den Rest der Welt – wird angesichts begrenzter Ressourcen und Umweltkapazitäten von Vertreter*innen dieser Paradigmen als unrealistisch und gefährlich angesehen, könnte sie doch zu einer globalen ökologischen Katastrophe führen. Vor allem von ökologischen und feministischen Ökonom*innen wird die ohnehin pragmatisch motivierte Verwendung des BIPs als zentrales Wohlstandsmaßes massiv infrage gestellt. Dabei wird zum einen das BIP und alle sich daran orientierenden Wachstumsverständnisse kritisiert – vor allem wegen der problematischen Annahmen und Ausschlüsse dieses Maßstabs („BIP-Kritik“). Gleichzeitig geht die Kritik an Wachstum und Wachstumspolitik in Teilen der Debatte deutlich über die BIP-Kritik hinaus, z.B. wenn eine Wachstumskultur problematisiert oder angebotsorientierte Wachstumspolitik allgemein als Ungleichheit befördernd und ineffektiv kritisiert wird („Wachstumskritik“, siehe Schmelzer 2023).

Diese Kontroversen zeigen, wie wichtig es ist, sich mit verschiedenen ökonomischen Perspektiven auf den gesellschaftlich so relevanten Wachstumsbegriff vertraut zu machen. In manchen Bereichen wird es vielleicht gelingen, ein über die Paradimgrenzen hinweg reichendes Verständnis von Wachstum und seiner Rolle in der Gesellschaft zu entwickeln. In anderen Bereichen wird jede Wissenschaftlerin sich entscheiden müssen, welche konkurrierenden Theorien und Bewertungen sie vorzieht. Auf jedem Falle braucht es eine plurale Perspektive auf Wachstum, um die entsprechenden Entscheidungen reflektiert treffen zu können –und damit zur Entwicklung einer ökonomischen Perspektive beizutragen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch wirklich gerecht werden kann.

Literatureempfehlung

- Acemoglu, D. (2009): *Introduction to Modern Economic Growth*. Princeton University Press.
- Bauhardt, Christine, und Gülay Çağlar (2009): *Gender and Economics: Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Daly, Herman E., und Joshua C. Farley (2011): *Ecological Economics: Principles and Applications*. 2nd ed. Washington: Island Press.
- Ferber, Marianne, und Julie A. Nelson (1933): *Beyond economic man: feminist theory and economics*. Chicago: University of Chicago Press.
- Foley, D., Michl, T., Tavani, D. (2019): *Growth and Distribution* (2. Aufl.). Harvard University Press.
- Mankiw, N. G. (2024): *Principles of Economics* (10. Aufl.). Cengage.
- Schmelzer, M. (2016): The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm. Cambridge University Press.
- Schmelzer, M. (2023): From Luddites to limits? Towards a systematization of growth critiques in historical perspective. *Globalizations* 20(3), 447–464.
<https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2106044>
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted: A New Feminist Economics*. London: Macmillan.

Addendum I: Entkopplung

Die Debatte um Entkopplung spielt bei der Diskussion ob dauerhaftes Wirtschaftswachstum im Einklang mit ökologischer Nachhaltigkeit stehen kann eine wichtige Rolle. Wir sprechen davon dass zwei Variablen gekoppelt sind, wenn sie positiv miteinander korrelieren (also mehr von Variable A einhergeht mit mehr von Variable B). In der ökologischen Entkopplungsdebatte ist die erste Variable in der Regel das reale BIP, die zweite Variable ein Umweltbelastungsindikator, wie z.B. CO2 Emissionen oder der Wasserverbrauch.

Eine zentrale Unterscheidung in diesem Kontext ist die der relativen und absoluten Entkopplung: Bei der relativen Entkopplung schwächt sich die Korrelation zwischen BIP und der zweiten Variable, hier als Beispiel die CO2 Emissionen, ab, aber beide entwickeln sich dennoch in die gleiche Richtung. Ein Beispiel wäre ein BIP-Wachstum von 3% bei gleichzeitigem Anstieg der CO₂-Emissionen um nur 1%. Absolute Entkopplung bedeutet, dass sich die Variablen in entgegengesetzte Richtungen entwickeln. Das BIP steigt, während die Umweltbelastungen in absoluten Zahlen sinken. Die unterschiedlichen Fälle werden in Abbildung 1 anhand realer Daten dargestellt.

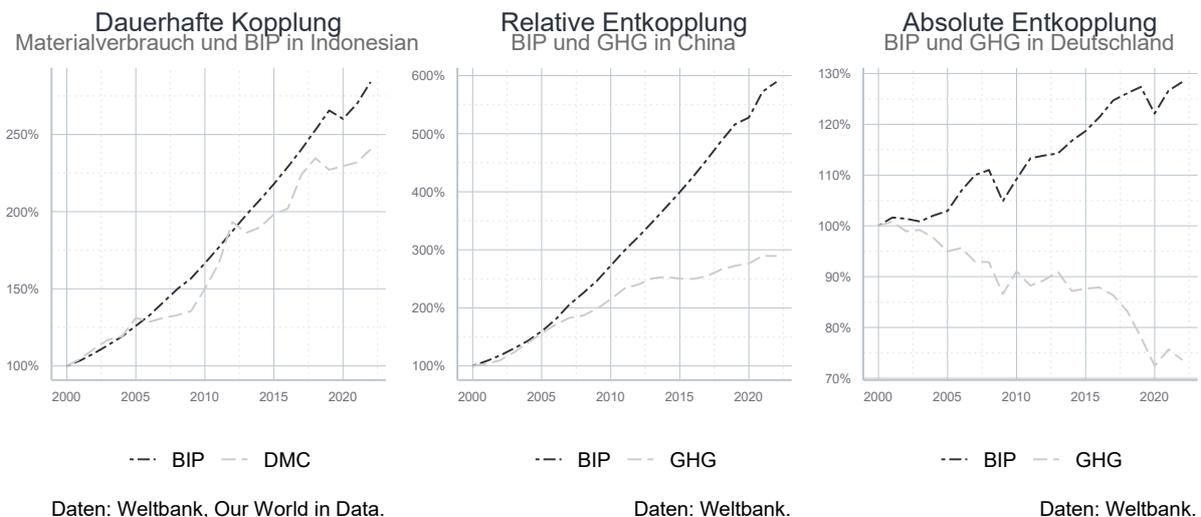


Abbildung 1: Die unterschiedlichen Arten der (Ent)Kopplung.

Daneben gibt es noch weitere wichtige Unterscheidungen, wie z.B. lokale und globale Entkopplung, Ressourcen- und Wirkungsentkopplung oder temporäre und permanente Entkopplung. Daher ist es bei einer Debatte über Entkopplung immer sehr wichtig präzise darzulegen, über welche Variablen und welche Arten von Entkopplung diskutiert werden soll.

Um Nachhaltigkeitsziele bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum zu erreichen muss BIP-Wachstum von allen relevanten Umweltbelastungen absolut und dauerhaft entkoppelt werden, und zwar in

ausreichend schnellem Maße und ohne Auslagerungseffekte, die dann entstehen, wenn ein Land umweltschädliche Aktivitäten in ein anderes Land verlagert und das Endprodukt später wieder importiert. Empirische Studien zeigen, dass absolute Entkopplung bei Energieverbrauch und Emissionen in einigen reicheren Ländern in jüngerer Vergangenheit stattfindet, allerdings viel zu langsam, um die Klimaziele zu erreichen. Beim Ressourcenverbrauch konnte absolute Entkopplung noch nirgends dauerhaft realisiert werden. Ob dies in der Zukunft (schnell genug) anders sein wird, wird heftig diskutiert.

Addendum II: Showcase - Aus der aktuellen Forschung

Der Artikel „Post-growth: the science of wellbeing within planetary boundaries“ wurde von führenden Vertretern einer Postwachstumsperspektive verfasst und im Jahr 2025 im Journal *The Lancet Planetary Health* veröffentlicht. Der Artikel stellt den ersten umfassenden Review zu dem Forschungsfeld der Postwachstumsökonomik dar und gibt dementsprechend einen guten Überblick über dieses Feld, das sich mit Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums in hochentwickelten Ländern auseinandersetzt und alternative Wege zur Förderung des menschlichen Wohlbefindens innerhalb ökologischer Grenzen vorschlägt.

Die Autor*innen argumentieren, dass ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum in wohlhabenden Ländern weder ökologisch nachhaltig noch sozial vertretbar oder wirtschaftlich realistisch ist. Stattdessen plädieren sie für ein „Post-Growth“-Modell, das den Fokus vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf das menschliche Wohlbefinden innerhalb planetarer Belastungsgrenzen verlagert. Da es sich bei dieser Veröffentlichung um ein Review handelt, fasst es Ergebnisse zentraler Studien aus dem Forschungsbereich Postwachstum zusammen. Die berücksichtigten Studien folgen dabei ganz verschiedenen methodischen Ansätzen:

- Ökologische makroökonomische Modelle: Diese Modelle testen politische Strategien für eine Wirtschaft, die nicht auf Wachstum angewiesen ist.
- Analyse von Wachstumsabhängigkeiten: Untersuchung der institutionellen Mechanismen, die soziale Wohlfahrt an BIP-Wachstum koppeln, und Identifikation von Alternativen zur Überwindung dieser Abhängigkeiten.
- Bewertung von Politikmaßnahmen: Analyse von Politiken und Versorgungssystemen, die den Ressourcenverbrauch reduzieren und gleichzeitig das menschliche Wohlbefinden verbessern können.

Die Autor*innen empfehlen Maßnahmen wie universelle Grundversorgung, bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitsplatzgarantien und Arbeitszeitverkürzungen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden Vorschläge der Modern Money Theory und öffentliche Geldschöpfung diskutiert.

Trotz der Fortschritte in der Post-Growth-Forschung bleiben Fragen zur politischen Umsetzung, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zwischen dem globalen Norden und Süden, sowie zur Stabilität liberaler Demokratien in einer postwachstumsorientierten Gesellschaft offen. Der Artikel bietet einen umfassenden Überblick über die wissenschaftlichen Grundlagen und politischen Implikationen einer Wirtschaft, die das menschliche Wohlbefinden innerhalb ökologischer Grenzen statt BIP-Wachstum priorisiert. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass er stark aus der Perspektive der Befürworter*innen einer Postwachstumstheorie geschrieben wurde.